

**Interessentenerklärung zum Abschluss eines Pachtvertrages „Bewirtschaftung Parkhaus
Bergstr. 54, 42105 Wuppertal“**

Name / Firma des Interessenten	
Rechtsform	
Ansprechpartner	
Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort	
Telefon / Telefax	
E-Mail-Adresse	
Web-Site	
Umsatzsteuer- Identifikationsnummer	

Ich / Wir bekunde/n hiermit mein/ unser Interesse an der Pacht und am Betrieb des o.g. Parkhauses. Ich/ Wir gebe/n dazu die nach folgenden Eigenerklärungen ab und bestätige/n, dass alle nachfolgenden Angaben der Richtigkeit entsprechen. Ich bin mir/ wir sind uns bewusst und erkläre/n mich/ uns damit einverstanden, dass die Stadt Wuppertal die in dieser Interessenbekundung angegebenen Daten sowie die Daten in den Unterlagen, mit denen die im Interessenbekundungsbogen enthaltenen Informationen ggf. belegt werden, entsprechend der gesetzlichen Vorgaben verarbeitet.

1. Eigenerklärung zur Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Ich bin / wir sind eine juristische Person oder eine Personengesellschaft

Ich bin/ wir sind in folgendem Berufs- oder Handelsregister eingetragen:

Bezeichnung des Registers: _____

Nr: _____

Ich bin/ wir sind **nicht** in einem Berufs- oder Handelsregister eingetragen sondern verfüge/n über folgende anderweitige Erlaubnis zur Berufsausübung:

Beschreibung, ggf. Nr.

Ich bin / wir sind zu keiner Eintragung in die genannten Register verpflichtet. Erläuterung:

2. Eigenerklärung Gewerbeanmeldung

- Ich/ wir habe/n mein /unser Gewerbe angemeldet:

Gewerberegister:

Angemeldete Tätigkeit:

- Für mich/ für uns besteht keine Pflicht zur Anmeldung eines Gewerbes. Erläuterung:

3. Eigenerklärung Berufsgenossenschaft

Hiermit bestätige/n ich/ wir, dass

- ich/ wir bei der Berufsgenossenschaft angemeldet bin/ sind oder – sofern der Firmensitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland ist, bei dem zuständigen Versicherungsträger.
- ich/ wir unseren Firmensitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben. Ich bin/ Wir sind daher nicht bei der Berufsgenossenschaft angemeldet, sondern bei folgendem zuständigen Versicherungsträger:

- für mich/ für uns keine Pflicht zur Anmeldung bei einer Berufsgenossenschaft besteht. Erläuterung:

4. Eigenerklärung zum Umsatz

Ich bin/ wir sind seit Jahren am Markt im Bereich Parkraumbewirtschaftung tätig.

Folgende Umsätze habe/n ich/ in den vergangenen drei abgeschlossenen Geschäftsjahren erzielt:

Geschäftsjahr	2019	2020	2021
1. Gesamtjahresumsatz netto in €			
2. Jahresumsatz für Leistungen im Bereich Parkraumbewirtschaftung (netto in €)			
3. Mittelwert des Jahresumsatzes für Leistungen im Bereich Parkraumbewirtschaftung (netto in €)			

5. Eigenerklärung Personal

Folgende Anzahl Personen war in den letzten 3 Jahren durchschnittlich im Bereich Parkraumbewirtschaftung beschäftigt:

	Durchschnittliche Anzahl	2019	2020	2021
1.	Führungskräfte (GF, Prokuristen)			
2.	Technische Mitarbeiter/innen			
3.	Verwaltungsmitarbeiter/innen			
4.	Gesamtzahl der Mitarbeiter/innen (Summe 1. bis 3.)			

Hinweise:

- Unzulässig ist eine doppelte Erfassung der Personen. Das heißt: Sind Mitarbeiter/innen unter „Führungskräfte (GF und Prokuristen)“ aufgeführt, dürfen diese Mitarbeiter/innen nicht nochmal unter 2. und 3. erfasst werden.
- Teilzeitkräfte sind entsprechend auf Vollzeitäquivalente umzurechnen.

6. Eigenerklärung zur Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung

Ich/ Wir bestätige/n, dass im Falle eines Vertragsabschlusses eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung für die Parkraumbewirtschaftung eines in der Europäischen Union zugelassenen Versicherers besteht, die folgende Mindestanforderungen erfüllt:

- Deckungssummen mindestens in folgender Höhe:
 - Personenschäden (einschließlich unechter Vermögensschäden): 5 Mio. €
 - Sachschäden (einschließlich unechter Vermögensschäden): 2,5 Mio.€
 - Echte Vermögensschäden: 100 T€
- Die Ersatzleistung des Versicherers beträgt mindestens das 2-fache der Deckungssummen pro Jahr und schließt die Leistungsbereiche der Nachunternehmer ein.
- Sofern eine Jahreshöchstleistung vereinbart ist, stehen die o.g. Summen zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses für Personen-, und Sachschäden für das aktuelle Versicherungsjahr in voller Höhe zur Verfügung.

7. Nachunternehmer

Ich/wir beabsichtige(n) **keine** Vertragsteile an Unterauftragnehmer zu vergeben:

Ich/wir beabsichtige(n) Vertragsteile an Unterauftragnehmer zu vergeben:

Unterauftragnehmer (Firmenname, Sitz)	Angabe der übernommenen Leistungsbereiche	Auftragsteile/des

Auf separate Anforderung werde ich/ werden wir dem Auftraggeber bei Bedarf weitere Eigenerklärungen und Informationen zum Nachunternehmer sowie die Eigenerklärung Ausschlussgründe für die Nachunternehmer zur Verfügung stellen.

8. Eigenerklärung Ausschlussgründe

Ich/Wir erkläre(n), dass

- keine Person, deren Verhalten¹ meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen mein/unser Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach²:
 1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
 7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
 8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
 9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
 10. den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels),

mein/unser Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist und diesbezüglich keine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung vorliegt bzw. mein/unser Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass ich/wir mich/uns zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen Säumnis- und Strafzuschläge verpflichtet habe(n).

Ich/wir erkläre(n), dass mein/unser Unternehmen nicht

- bei der Ausführung öffentlicher Aufträge gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder kein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse nicht abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- im Rahmen der beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird.

Mir/Uns ist bekannt, dass seitens des Auftraggebers noch keine Informationen hinsichtlich etwaiger früherer Ausschlüsse meines/unseres Unternehmens von Vergabeverfahren oder Verfehlungen, die zu Eintragungen in das Vergaberegister des Landes NRW führen können, eingeholt wurden.

¹ Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

² Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

Ich/Wir versichere/versichern hiermit, dass keine Verfehlungen vorliegen, die meinen/unseren Ausschluss von der Teilnahme am Wettbewerb rechtfertigen könnten³ oder zu einem Eintrag in das Vergaberegister³ führen könnten.

Mir/Uns ist bekannt, dass die Unrichtigkeit vorstehender Erklärungen zu meinem/unserem Ausschluss vom Vergabeverfahren sowie zur fristlosen Kündigung eines etwa erteilten Auftrages wegen Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht aus wichtigem Grunde führen und eine Meldung des Ausschlusses und der Ausschlussdauer an die Informationsstelle/das Vergaberegister nach sich ziehen kann.

Hinweis:

Sofern Sie sich in einer der vorgenannten Situationen befinden, können Sie auch Nachweise dafür erbringen, dass Sie ausreichende Maßnahmen getroffen haben, um trotz des Vorliegens eines einschlägigen Ausschlussgrundes dieser nicht zur Anwendung kommt. Zu diesem Zweck weisen Sie nach, dass Sie einen Ausgleich für jeglichen durch eine Straftat oder Fehlverhalten verursachten Schaden gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet haben, die Tatsachen und Umstände umfassend durch eine aktive Zusammenarbeit mit dem Ermittlungsbehörden geklärt und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen haben, die geeignet sind, weitere Straftaten oder Verfehlungen zu vermeiden oder Sie die Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet haben. Dieser Nachweis ist zusammen mit der Eigenerklärung der Bewerbung bzw. dem Angebot beizufügen.

³ Verfehlungen, die in der Regel zum Ausschluss des Bewerbers oder Bieters von der Teilnahme am Vergabeverfahren führen, sind – unabhängig von der Beteiligungsform, bei Unternehmen auch unabhängig von der Funktion des Täters oder Beteiligten – insbesondere:

- Straftaten, die im Geschäftsverkehr oder in Bezug auf diesen begangen worden sind, u. a. Betrug, Subventionsbetrug, Untreue, Urkundenfälschung, wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Vergabeverfahren, Bestechung – auch im geschäftlichen Verkehr – oder Vorteilsgewährung,
- das Anbieten, Versprechen oder Gewähren von unerlaubten Vorteilen an Personen, die Amtsträgern oder für den öffentlichen Dienst Verpflichteten nahestehen, oder an freiberuflich Tätige, die bei der Vergabe im Auftrag einer öffentlichen Vergabestelle tätig werden.
- Verstöße gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, u. a. Absprachen über die Abgabe oder die Nichtabgabe von Angeboten, sowie die Leistung von konkreten Planungs- und Ausschreibungshilfen, die dazu bestimmt sind, den Wettbewerb zu beeinflussen, führen dann zum Ausschluss, wenn Tatsachen auch auf unrechtmäßige oder unlautere Einflussnahme auf das Vergabeverfahren hindeuten.

⁴ Ein Eintrag in das Vergaberegister kann unabhängig von einem Vergabeausschluss auch erfolgen, wenn die Voraussetzungen des § 5 des Gesetzes zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung und zur Errichtung und Führung eines Vergaberegisters in Nordrhein-Westfalen (Korruptionsbekämpfungsgesetz - KorruptionsbG) vorliegen. Danach liegt eine Verfehlung vor, wenn durch eine natürliche Person im Rahmen einer unternehmerischen Betätigung

1. Straftaten nach §§ 331-335 (Vorteilsannahme, Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung, Bestechung), 261 (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte), 263 (Betrug), 264 (Subventionsbetrug), 265 b (Kreditbetrug), 266 (Untreue), 266a (Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt), 298 (Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen), 299 (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), 108e (Abgeordnetenbestechung) StGB und nach § 370 der Abgabenordnung,
2. nach §§ 19, 20, 20 a und 22 des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen,
3. Verstöße gegen § 81 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB),
4. Verstöße gegen § 16 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes,
5. Verstöße, die zu einem Ausschluss nach § 21 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz - SchwarzArbG) oder nach § 21 Arbeitnehmer-Entsendegesetz führen können oder geführt haben

von Bedeutung, insbesondere in Bezug auf die Art und Weise der Begehung oder den Umfang des materiellen oder immateriellen Schadens, begangen worden sind.

Ein Eintrag erfolgt bei einer Verfehlung im Sinne von § 5 Abs. 1 Nr. 1-5 KorruptionsbG (s. a. ³)

1. bei Zulassung der Anklage
2. bei strafrechtlicher Verurteilung
3. bei Erlass eines Strafbefehls
4. bei Einstellung des Strafverfahrens nach § 153a Strafprozessordnung (StPO)
5. nach Rechtskraft eines Bußgeldbescheids
6. für die Dauer der Durchführung eines Straf- oder Bußgeldverfahrens, wenn im Einzelfall angesichts der Beweislage bei der meldenden Stelle kein vernünftiger Zweifel an einer schwerwiegenden Verfehlung besteht, und die Ermittlungs- bzw. die für das Bußgeldverfahren zuständige Verwaltungsbehörde den Ermittlungszweck nicht gefährdet sieht.

³ Siehe Fußnote vorherige Seite

9. Referenzformblatt

Hinweise:

- **Für jede eingereichte Referenz muss ein separates Referenzformblatt ausgefüllt werden.** Darin sind die Referenzen fortlaufend zu nummerieren.
- Es sind **mindestens 3 Referenz/en** darzustellen, die mit der zu vergebenden Leistung nach allgemeiner Art und nach der besonderen Art des eigenverantwortlichen Betriebs sowie dem Umfang vergleichbar sind.
- Die getätigten Angaben können vom Auftraggeber im Rahmen der Auswertung stichprobenhaft beim angegebenen Referenzbeauftragten überprüft werden.

Referenz Nr. :	
Bewirtschafteter Parkraum mit Adresse:	
Beschreibung des Leistungsprofils und eventuell beteiligter Partner	

Name des Auftraggebers:	
Ansprechpartner des Auftraggebers:	
Adresse:	
Telefon:	
E-Mail:	
Vertragslaufzeit	
Art der Parkraumfläche	<input type="checkbox"/> Parkgarage <input type="checkbox"/> Parkhaus <input type="checkbox"/> Parkplatz
Anzahl der Stellplätze	
Anzahl von Kurzzeitparkplätzen	
Anzahl von Langzeitparkplätzen	

Referenz Nr. :	
Bewirtschafteter Parkraum mit Adresse:	
Beschreibung des Leistungsprofils und eventuell beteiligter Partner	

Name des Auftraggebers:	
Ansprechpartner des Auftraggebers:	
Adresse:	
Telefon:	
E-Mail:	
Vertragslaufzeit	
Art der Parkraumfläche	<input type="checkbox"/> Parkgarage <input type="checkbox"/> Parkhaus <input type="checkbox"/> Parkplatz
Anzahl der Stellplätze	
Anzahl von Kurzzeitparkplätzen	
Anzahl von Langzeitparkplätzen	

Referenz Nr. :	
Bewirtschafteter Parkraum mit Adresse:	
Beschreibung des Leistungsprofils und eventuell beteiligter Partner	

Name des Auftraggebers:	
Ansprechpartner des Auftraggebers:	
Adresse:	
Telefon:	
E-Mail:	
Vertragslaufzeit	
Art der Parkraumfläche	<input type="checkbox"/> Parkgarage <input type="checkbox"/> Parkhaus <input type="checkbox"/> Parkplatz
Anzahl der Stellplätze	
Anzahl von Kurzzeitparkplätzen	
Anzahl von Langzeitparkplätzen	

10. Sonstige Erklärungen

Ich / Wir erkläre(n), dass

- a) gegen mich / uns bei keinem öffentlichen Auftraggeber eine Vergabesperre wegen Korruptionsverfehlungen oder Preisabsprachen sowie illegaler Beschäftigung von Arbeitskräften besteht,
- b) kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde,
- c) sich mein/unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet,
- d) das nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt,
- e) die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde,
- f) sich das / die Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft oder bei Bietern, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, bei dem zuständigen Versicherungsträger angemeldet hat / haben.

Als Anlage zu dieser Interessenerklärung fügen wir folgende Unterlagen bei:

- **Firmenprofil mit Beschreibung des Betätigungsfeldes**
- **Ideenskizze zu den Vorstellungen zur Leistungserbringung auf Basis der Ortsbesichtigung des Parkhauses (z.B. hinsichtlich der Personalbetreuung, Sicherheitsvorkehrungen, Zugangsmöglichkeiten, Notfallservices etc.)**

Ort, Datum und rechtsverbindliche Unterschrift
